
Presseinformation Nr. 1494

25. November 2008

LAURISCHK:
Schäuble und von der Leyen schaden dem Ehrenamt

BERLIN. Nach Medienberichten wollen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ehrenamtliche Maßnahmen zur Gewaltvorbeugung und Integration stärken. Hierzu erklärt die Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement der FDP-Bundestagsfraktion Sibylle LAURISCHK:

Das Bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ist hoch zu loben. Es darf jedoch nicht überfrachtet werden. Der Staat darf nicht versuchen seine Aufgaben bei engagierten Bürgern abzuladen, um Geld zu sparen.

Extremismusfragen sind nicht mit Ehrenämtern zu lösen. Gewaltprävention ist vor allem eine Erziehungsaufgabe, die neben den Eltern auch in den Schulen stattfinden muss. Ehrenamtliche können nicht die chronische Unterversorgung mit Lehrkräften an den Schulen heilen.

Richtig ist, dass ehrenamtliche Strukturen Gewaltprävention und Integration positiv begleiten und unterstützen können. Hierzu muss es aber erst einmal eine fundierte Grundlage geben und die hat der Staat zu schaffen.

Eine Frage bleibt: Was sagt eigentlich die zuständige Staatsministerin Maria Böhmer zu dieser Initiative?

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de